

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Abonnementpreis monatlich 50 J. ¼ jährlich 1.50 J.  
...  
"Die Neue Welt"  
...  
Nr. 1047

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Inserionsgebühren  
betragt für die 6 Spalten  
...  
Nr. 1047

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Jorgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Halle a. S., Freitag den 10. September 1897. 8. Jahrg.  
Redaktion und Expedition: Weißstraße 21, erster Hof parterre rechts.  
Telegraphen-Nr. 1047. Telefon-Nr. 1047.

Nr. 21. Halle a. S., Freitag den 10. September 1897. 8. Jahrg

## Wieder mit der Sozialdemokratie!

Ein mehr als eigenartiger Versuch zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat neuerdings der Landrat des Raumburger Kreises, Geheimen Regierungsrat v. Stülppnagel, auf konserverativer Landtagsabgeordneter, eingeschlagen.  
So schien mochte eine Frau Palm, die früher in sozialdemokratischen Versammlungen als Rednerin aufgetreten ist. Als ihr vor einiger Zeit ihre Wohnung gekündigt war, mietete sie das Erdgeschoss in einem Hause in Regen bei Espin, das dem Dissoziator Siegelbeisser A. J. Schulze junior in Rahms bei Behm, dem Vorbesitzer des Behmer Liberalen Wahlkreises, gehört. Bald darauf ließ bei Schulze ein amtliches Schreiben des Landrats v. Stülppnagel, datiert vom 15. Juli 1897, ein, worin Schulze aufgefordert wurde, die Palm ihrer angeblich anarchisierenden Parteilust wegen Agitation wegen sofort aus seinem Hause zu entfernen und, daß dies geschehen, dem Landrat innerhalb drei Tagen anzuzeigen. Für den Fall, daß Schulze dem nicht Folge leiste, wurde ihm die sofortige Suspension vom Amte und das Disziplinerverfahren beim Kreisamtschluß behufs endgiltiger Amtsentziehung angedroht.

Schulze begründete sich darauf nach Belgien, dem Amtsitz des Landrats, und ersuchte ihn, die in Aussicht gestellte Maßregelung zu unterlassen, indem er ihm mitteilte, daß die Palm zu keiner Zeit anarchisierende Ansichten befand oder vertreten habe, daß sie vor Zügen erklärt habe, nichts mehr mit der Sozialdemokratie zu thun zu haben, daß sie sich im Mietvertrag verpflichtet habe, die Wohnung niemals für sozialdemokratische Zwecke herzugeben, daß sie seit ihrem Einzug in die Wohnung an die Palm auf ein Jahr vermietet, also die sofortige Entfernung der Frau schon aus diesem Grunde unmöglich ist. Trotzdem verfügte der Landrat v. Stülppnagel durch Schreiben vom 20. Juli die sofortige Suspension des Ortsvorstehers und die Übertragung der Gemeinde-Geschäftsführung, an den ältesten Schöppen; gleichzeitig wurde das Verbot auf Entfernung Schulzes aus dem Amte als Gemeindevorsteher eingeleitet.

Schulze richtete hierauf eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten Grafen Hue de Grais in Potsdam, beantragte die Aufhebung der Suspension und begründete dies mit der erwählten Sachlage sowie dem Umstande, daß der Landrat keine einseitige Gesetzesförmung zur Rechtfertigung seines Vorgehens angeführt habe.

Der Regierungspräsident ließ indes durch den Landrat v. Stülppnagel die Mitteilung an Schulze gelangen, daß er keine Veranlassung habe, auf die Beschwerde einzugehen, und gab ihm anheim, keine Erwiedungen im Disziplinerverfahren beim Kreisamtschluß vorzubringen. Nachdem die Ferien vorüber waren, dürfte demnach vor dem Kreisamtschluß über die Sache verhandelt werden.

Der freimüthige Reichs- und Landtagsabgeordnete Justizrat Albert Trüger hat die Vereidigung Schulzes überwachen. In der Beschlusseinsicht wurde das Verhalten des Landrats scharf kritisiert und verurteilt.  
Man darf gespannt sein, was Kreisamtschluß und eventuell Ministerium zu diesem Fall sagen werden. Bedauerlich ist nur, daß eine prinzipielle Entscheidung kaum getroffen werden wird; worüber für die Beurteilung der landrätlichen und sonstigen bei uns üblichen „Instanz“-Beschaffung nach es natürlich, wenn die Minister des Herrn Schulze sich als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei oder der anarchisierenden Richtung bekannt hätte.

Man sieht, auch außerhalb Ruffameruns heißt der Schlächtur der Landräte: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“ Was kann das recht sein.

## Tagesgeschichte.

### Zur Kanzlerkrise.

Zu den in diesem Jahre schon vorgelommenen Krisen: der Dollnauer-Krise, Büttcher-Krise und Marzall-Krise gefolgt hat nun die Höhenkrisen. Es wird kaum noch eine Frau von Woden sein, daß ein neuer Kanaler in das Palais einzog. Wer sein Nachfolger wird? Wahrscheinlich ein H. Jarengeneral, der General-Adjutant des Kaisers, General der Kavallerie v. Bülow, zur Zeit kommandierender General des 14. Armeekorps in Karlsruhe. Er ist 60 Jahre alt und hat sich gegen zeitige Erfolge der Mil. Str.-P. D. ausgesprochen. Da ist er der Mann, der in die herrschende Stimmung paßt. Zur Abwechslung wird auch wieder gemeldet, Miquel habe gleichfalls Lustigkeiten, in das Kanzlerpalais einzuziehen. Und zwar wird das damit begründet, daß der neue Kanzler eingehende Kenntnis der parlamentarischen und Parteiverhältnisse haben müsse, um den mannigfachen schweren Aufgaben

der inneren Politik gewachsen zu sein. Da sei Miquel der geeignete Mann.  
Armer Johannes! Das niht nichts mehr!

### Die Schone abgeschöpft.

Bei Besichtigung des großen Eisenwerkes Lauchhammer im Liebenwerder Kreise soll unlangst Wilhelm II. auf seine ruffische Reise zu sprechen gekommen sein und dabei geäußert haben: „Dort haben wir nach meiner Ueberzeugung die Schone abgeschöpft.“ Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte erklärt diesen angeblichen Ausdruck für hochbedeutend, weil danach auch der Kaiser der Ansicht ist, daß unsere Ausfuhrindustrie in Aussicht die Schone bereits abgeschöpft habe, daß auf eine Steigerung unseres Exports nach Ausland nicht mehr zu rechnen sei. — Da diese Ansicht richtig ist, darüber werden unsere Industriellen ein sichereres Urteil haben als der Kaiser.

### Wenn es nun nicht hilft!

Aus Anlaß der Anwesenheit des Kaiserspaars in Würzburg war im dortigen Stadenschauspielausschuss ein Christknaus mit fleischerischer Beleuchtung aufgestellt, der von einer Reihe Nürnberger Industrieller den faterlichen Bringen dargebrachte Geschenke (Spielzeug etc.) an sich vereinigte.

### Das Kaiserpaar, so liest man in der amtlich kegeltesten Presse, war über die Aufmerksamkeit sehr erfreut; die Kaiserin äußerte, als sie unter den Spielwaren ein Schiff bemerkt und in die Hand nahm, scherzend zum Kaiser: „Sieh einmal, wenn Du so leicht Deine Schiffe verläßt.“

Ja, wenn das so leicht ginge! Aber wieviel befehrt der Reichstag ein paar Kreuzer und Banzer dem Kaiser zu Weihenachtsen.

### Das lohnt nicht so gut.

Der Vorwärts stellt fest, daß Freiherr v. Stumm Halbbögen der hundertfache Millionär, ganze 1000 (eintausend) Mark für die Lebensmittelkarten, dagegen dreitausend Mark für ein Kaiser Friedrich-Denkmal zu Cronberg gegeben hat.

### Gegen die Verbesserung der Sonntagsruhe im Postdienst

hat sich nicht die anderen Handelskammern auch die Saarbrücker erklärt. Das ist nicht wunderbar, denn Vortröger dieser Kammer ist der konserverative Freiherr v. Stumm.

### Denn so zwei daselbe thun.

Der preussische Justizminister hatte recht. Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe. Das Kammergericht in Berlin hat kürzlich ein Urteil des Wiesbadener Landgerichts bestätigt, durch das einige Sozialdemokraten, die am Sonntag, den 10. Januar, 10 Uhr voruntzags, eine Versammlung einberufen hatten, wegen Zuwiderhandlung gegen eine Polizei-Verordnung über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage bestraft worden waren. Die Polizei-Verordnung, auf Grund deren die Beurteilung erfolgte, ist vom Herrn Regierungspräsidenten von Wiesbaden erlassen. Der Vorsamptler für Religion, Ordnung und Sitte, der königliche Regierungspräsident, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Herr v. Teppe-Parst, geht an ersten Freitag wie am ersten Dienstag mit seinen Helfen auf die Jagd. Und die evangelische Kreisynode Gladbach wird kirchlich-büchrisch geruffelt, weil sie bei dem evangelischen Herrn v. Teppe-Parst die Entbeizung des Sonntags auch die Jagd gerügt hat.

Aber Preußen ist doch ein „Rechtsstaat“ und — „Recht muß Recht bleiben!“

### Die Ausweisungen des Fürsten Bismarck

gegen die Marine-Entwicklungen sind unseren Offizieren sehr unbenquem. Sie suchen dieselben daher in das Gegenteil zu verkehren. So wird in der Köln. Bz. der Versuch gemacht, es so darzustellen, als ob Fürst Bismarck seine Bemerkungen über die Schiffe, die sich zwar zu Paradenzwecken vorzweillig eignen, aber im Ernstfall schwerlich etwas leisteten, gekehrt habe gegen die alten Schiffe, während doch Fürst Bismarck, ganz abgesehen von dem „Hohenollern“, dabei offenbar gedacht hat an die neuen großen imposanten Panzerschiffe, deren wirklicher Wert im Ernstfall noch niemand in der Welt hat erprobt werden können. So weit eine Geschichte dieser großen Panzerschiffe überhaupt vorhanden ist, ist sie angefüllt mit Berichten über Schiffe, die durch kleine und meist zufällige Unglücksfälle mit Mann und Maus zu Grunde gegangen oder vorübergehend dienstuntauglich geworden sind.

### Wegen Kaiserbeleidigung

wurde der in Heimbrunn benutzte 66jährige Knecht Georg Wligger zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Ankerung war in einem Wirts-hausgespräch geflossen.

### Wegen Kaiserbeleidigung

wurde in Würzburg noch eine zweite Frau verhaftet. — Wann kommen die Kinder dran?

## Soziales.

### Maximalarbeitstag auf Probe.

Der Internat. Corp. wird aus Petersburg geschrieben:

Während man bisher den kürzlich erfolgten Regierungserlach, wonach die Lagenhältnisse in Petersburg ebenfalls um 8 Uhr geschlossen und die Arbeitzeit in den Fabriken auf zehn und elf Stunden beschränkt werden sollte, als den Anfang einer allgemeinen durchgreifenden Sozialreform ansah, wird jetzt von antilicher Seite bekannt gegeben, daß jene Maßregel nur vortweillig eine für ein Vierteljahr angeordnet wurde. Inzwischen haben nun die launmännlichen und industriellen Vereinigungen ihr Gutachten über eine derartige Einschränkung der Arbeitszeit erlassen, und zwar zunächst im ablehnenden Sinne. Es wird daher befürchtet, daß nach Ablauf des Probezeitjahres die Anordnung wieder aufgehoben werde.

Die Sache liegt sich wie ein Aprilscherz. Aber der russischen Bureaukratie wäre es etwas zugutrauen. Um die Arbeiter zu beschwichigen, wurde immer die Begrenzung der Arbeitszeit eingeführt und es war nicht die Rede davon, daß es nur vorüberweise geschehen solle. Jetzt reut wohl den Staatswesenen ihr Nachgeben und sie möchten sich vermittels der Ausrede, nur eine Probe gemacht zu haben, zurückziehen. Daß die Unternehmer dabei helfen, vielleicht gar die Veranstalter selbst, kann nicht wundernehmen. Aber Regierung und Unternehmer rechnen ohne die Arbeiter, wenn sie glauben, daß die Jurisdiktionen des Schuzes so füllschweigen ohne Widerstand geschehen könne.

### Berliner Schulmisere.

Der Magistrat hat an die Stadtverordneten die fällige Vorlage über die Frequenz der Gemeindebeschulen am 1. Mai 1897 gelangen lassen.

Danach bestehen gegenwärtig 213 Gemeindebeschulen mit zusammen 3710 Klassen, einschließlich 110 fliegende Klassen. Es ist ersichtlich zu sehen, daß die durchschnittliche Besetzung der Klassen seit dem Jahre 1889, wo sie 55.64 betrug, andauernd abnimmt. Sie stand am 1. November 1896 auf 52.22, am 1. Mai 1897 auf 52.23. Aber einmal ist dieser Durchschnitt immer noch über alle Gebühr hoch, abnorm ist der Fortschritt ein viel zu langamer und endlich beweisen die Durchschnittsziffern gar nichts. Es ist ganz unangebracht, erste und letzte Klasse u. s. w. zusammen zu werfen.

Die Verhältnisse der einzelnen Klassen sind an sich einen geortet und wenn man sich die Einzelsiffern genauer anschaut, so kommt man zu dem Schluß, daß mit Ausnahme einer Anzahl erster Klassen, von einigen besonderen Fällen abgesehen, alle Klassen der Berliner Gemeindebeschulen überfüllt sind. Am meisten macht sich das Uebel auf der Unterstufe geltend. Dort, wo das älteste Alter bei besonderer Aufmerksamkeit bedarf, sind so viele Kinder in teilweise sogar unzulänglichen Räumen zusammengepfercht, daß der Unterrichtsverlauf überhaupt nicht erreicht werden kann.

Nach der Vorlage existieren folgende Klassen 629. Von diesen letzten Klassen haben 354 60—69 Schüler resp. Schüllerinnen also mehr als die Hälfte ist bereits fertig, daß der Lehrer ein Engel sein könnte, er würde doch nichts erreichen. 58 von diesen Klassen haben 69 Schüller. Man wird man meinen, es ist wünschenswert, wenn dies möglichst befristet. Es gibt aber überhaupt nur 78 letzte Klassen mit unter 50 Schüller, bei diesen Klassen noch besondere Beschaffenheiten abweisen. Nicht viel besser sieht es mit den fünften Klassen.

Von 607 fünften Klassen haben 302 60—69 Schüller, 28 davon 69, d. h. die höchste zulässige Zahl, unter 50 nur 91. Selbst bei den vierten und dritten Klassen malen sich ganz traurige Verhältnisse ab. Bei 658 vierten Klassen sind noch 202 mit 60 und mehr Schüller, bei 655 dritten Klassen immer noch 30 mit der gleichen Zahl. Da es eine Klasse sogar eine zweite Klasse mit 61 Schüller.

Diese Zahlen stellen ein unzulänglich und die rechte Bedeutung. Sie zeigen, daß immer wieder energisch eine Reform gefordert werden muß, die allerdings nur zu erreichen ist, wenn man sich zu einer vollständigen Neuorganisation des Berliner Schulwesens entschließt, die vor allem das adjustierte System einführt. Herr Vertman wird das freilich nicht mehr leisten. Aber wir hoffen, daß es sein Nachfolger leisten wird.

## Politikales und Gerichtliches.

In Magdeburg und anderwärts mühen die politischen und öffentlichen Versammlungen um 11 Uhr geschlossen werden. Die sozialdemokratischen natürlich in erster Linie. Die Polizei-Trupps mit mit Recht, daß mit dem Eintritte der Versammlungen ohne vollzeitliche Ueberwachung bleiben und bis Mitternacht liegen.

Auf dem reichlichen Barzetteltag in Gera hatten sich einige Parteigenossen aus Unmut über die hohe Behandlung des Beschlusses Major, der als verantwortliche Beauftragter der Reichstages-Entwässerung, wegen einer Partei zu 1 ½ Jahren Gefängnis verurteilt ist, zu Verhandlungen gegen den angeblich Schuldigen hinzusetzen lassen. Das hat die Staatsanwaltschaft veranlaßt, ein Strafverfahren gegen den Genossen Hugo Wldiger einzuleiten, der an der Beruf. Entzweigung mitwirkte. Die wessenen Verteidiger und Vertreter sind im Ermittlungsverfahren vernommen worden.

Dem großen Unzuf. Genosse Reichstagsabgeordneter Wilhelm Bod in Gotha ist wegen groben Unfalls, begangen durch Bekehrung eines Flugblattes in seiner Druckerei, zu 30 Mt. Gefängnis verurteilt worden. Man sieht, welche bequeme Handhabe dieser bedrückte Paragraß darbietet. Nicht nur wie bisher die Verbreitung, sondern auch die Herstellung





